

Protokoll

Aktionskonferenz 17. April 2010 in Wiesbaden (Landtag)

Teilnehmer: ca. 80 Teilnehmer/innen (Liste wird nachgereicht)

Tagesordnung

- 11:30 Uhr Begrüßung kurze Vorstellungsrunde
- 11:50 Uhr **TOP 1** Bewertung der Situation im Jahr drei der Krise
Inputs von Bernd Riexinger (Ver.di-Stuttgart /Die Linke) und Christina Kaindl (Berlin)
Berichte von der Demo in Essen und Stuttgart am 20. März
- 14:00 Uhr **PAUSE**
- 14:30 Uhr **TOP 2:** Verabredungen zu den Demonstrationen in Berlin, Stuttgart und weitere Demos am 12. Juni 2010: Motto, Aufrufertext, Mobilisierungsplan
- 16:30 Uhr **TOP 3:** weitere Verabredungen
TOP 4: Verschiedenes
- 17:00 Uh **ENDE**
Die Tagesordnung wird allgemein akzeptiert.

Das **Protokoll** übernahm Willi van Ooyen

Die **Moderation** übernehmen: Corinna und Christina.

Es folgt eine kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmer/innen.

TOP 2

Stichworte zur Einführung von Bernd Riexinger zur Beschreibung der Krisenlage:
Kein Absturz am Arbeitsmarkt, dennoch hoher Stand der Kurzarbeit; Keiner könne einschätzen, wie die Krisenlage sich entwickelt. Die prekäre Beschäftigung nimmt dramatisch zu, es gibt einen starken Rückgang der Ausbildungsplätze; die Kredite werden im mittelständischen Bereich immer schwieriger zu besorgen; Der Gegensatz von öffentlicher Armut – privatem Reichtum wird zunehmen; Die Lage der Kommunen ist dramatisch unterfinanziert, die Gewerbesteuern brechen ein; die Schuldenbremse verschärft diese Situation dramatisch; die Risiken für die Vertiefung der Krise sind nicht beseitigt.

Die Realwirtschaft steigt nicht an; die Binnenwirtschaft lahm; es gibt keine Regulierung der Finanzmärkte; Die deutlichste Charakterisierung ist mit dem Stichwort "Griechenland" bekannt; die Reichen werden nicht zur Abhilfe herangezogen werden; die Staatsverschuldung wird zunehmen.

Man darf nicht nur in die Krise hineinsparen ist ein richtiges Konzept.

Aktuell wird der Kapitalismus stabilisiert – es gibt keine politische Änderungen.

Nach der NRW-Wahl wird die "Gesundheitsreform" und weitere Sozialabbau-Maßnahmen in Angriff genommen.

Auch die Gegenkräfte sind nicht auf der Höhe ihrer Möglichkeiten: z. B.

Modernisierungspartnerschaft (IG Metall): Kernbelegschaften erhalten (werden aber kleiner)
Verdi fährt derzeit eine andere Strategie Dennoch wurde im Aufschwung gegen die unteren Schichten eine massive Umverteilung erreicht.

Wir müssen uns über das reale Kräfteverhältnis klar werden. Die Frage von Löhnen, Arbeitszeit (Kaufhof), zunehmender Prekarisierung werden unser Themen sein müssen.

Durch Verarmung der Kommunen werden Gebühren erhöht, Privatisierung vorgebracht.

Die Frage bleibt an uns: Geht das alles widerstandslos von statten oder werden die Kämpfe und Auseinandersetzungen zunehmen.

Stichworte aus dem Beitrag von Christina:

Wie sieht die scheinbare „Ruhe“ in diesem Land wirklich aus. Vergleich mit anderen europäischen Ländern. Rechte (Sarrazin, Westerwelle) provozieren und „treten nach Unten“, Umfrage-Interpretation: Modelle von Gerechtigkeit als Alternative werden aus der historischen Erfahrung beurteilt.

Die Handlungsfähigkeit der Bewegungen wird durch Anpassung (kein Geld, Arbeitsplatzsicherung, ...) behindert.

Die Zusammenhänge der unterschiedlichen Krisen werden nicht gemeinsam erfahren Gegenkonzepte, um dies zu überwinden müssen gefunden werden. (Umfrage vom letzten Sommer)

Punkte setzen an denen Alternativen sichtbar gemacht werden können. Welche Angebote machen wir für die Menschen ?

Argumente aus der Debatte:

Wir sind nicht in der Situation wie 2003; Großorganisationen agieren sehr verhalten; Die Auseinandersetzungen sind öffentlich kaum sichtbar. Wir sollten Protestmöglichkeiten schaffen und Beteiligungsmöglichkeit organisieren. Wir leiden nicht an einem Übermaß an Demonstrationen.

Konsens: Wir sollten die Verabredungen von Stuttgart einhalten; 12. Juni Demonstrationen gegen die Krisenabwälzungen. Der Aufbau eines längerfristigen Widerstandes ist erforderlich. Wir brauchen keine neue Forderungsdebatte, nur in Nuancen verändern sich unsere Forderungen.

Menschen gehen zur Demonstration, wenn sie das Gefühl haben, sie können was verändern. Wie können wir zum Mitmachen animieren. Notwendig: Mobilisierung: gegen reaktionäre Politik der Bundesregierung

Nationale Interessen werden in Europa den deutschen Interessen untergeordnet

Andererseits: **Bildungsproteste** werden geplant: **9. Juni** gute Vorbereitung unter den verschiedenen Jugendorganisationen, auch im gewerkschaftlichen Bereich (erster Flyer).

Konferenz lokaler Bündnisse ist erforderlich und sollte für den Herbst organisiert werden. Wir sollten auch auf unsere Erfolge schauen, die durch die Strukturen der Solidarität in vielen lokalen und regionalen Bündnissen erreicht wurden. Diese sollten stärker beachtet und entwickelt werden.

Im Herbst nicht vergessen, Castor Transporte – auch unser Thema.

Es gab kurze Berichte über die Aktionen am 20. März in Essen und Stuttgart. (Sie sind über die Homepage nachlesbar.)

TOP 2: Verabredungen zu den Demonstrationen in Berlin, Stuttgart und weitere Demos am 12. Juni 2010: Motto, Aufrufertext, Mobilisierungsplan

Die Frage "WER macht mit bei der Website ?" wurde behandelt und Interessenten meldeten sich für die Kooperation mit Jan.

In der Aktionsvorbereitung soll der **Bildungsstreik** besonders verbreitet werden – Welche strategische Ausrichtung wird die Bewegung nehmen. Es sollen gemeinsame Positionen entwickelt werden und auch die Mobilisierung gemeinsam erfolgen.

Zur Stuttgarter Demonstration wird aus dem Rhein-Main-Gebiet mobilisiert Die Themen von Ver.di: Gemeindefinanzen, Kopfpauschale werden aufgegriffen, Es soll nunmehr versucht werden, lokale Bündnisse zu bilden, um der „Kriegserklärung an die Kommunen“ (Briske) Widerstand entgegen zu setzen.

Dennoch nicht abwarten bis Oktober 2010; mit Aktionen in Betrieben und weiterführenden Kampagne soll sofort begonnen werden. Wir wollen die Proteste nicht weiter verschieben, als Bündnis dürfen wir diese Strategie des Abwartens nicht mitmachen. Wir müssen vorwärtstreibende Kraft sein.

Stuttgart wird vorbereitet, auch Gewerkschaftliche Gliederung werden sich beteiligen, München wird mit Bussen sich nach Stuttgart orientieren. Unser Motto ist "Stärke in den Betrieben und auf der Straße".

Wir werden in der **Aktionsplanung für unsere Aktionen am 12. Juni in Stuttgart und Berlin** den Zusammenhang verschiedener Proteste in der Aktionswoche vom 5. bis 12. Juni 2010 deutlich machen. (Bonn (Klimakonferenz), Bildungsproteste, Sozialproteste). Wir sollten eine Klammer herstellen (wie NATO in Straßburg und 28. März)
Ein Kasten mit Hinweis auf andere Veranstaltungen soll im Flugblatt erfolgen.

Bürgerentscheide sollen neu belebt werden. Dazu gehört die Konkretisierung der Forderungen (Kommunen, Kopfpauschale). Die **Gründungen von Basisinitiativen** in allen Regionen ist jetzt erforderlich.

Wir werden den „**politische Streik**“ legitimieren, deshalb bleibt er eine konkrete Forderung. Wir brauchen auch exemplarische Aktionen (Schlecker, FDP-Aktionen). Die beispielhaften Aktionen der letzten Wochen brauchen Weiterungen.

**Es erfolgte eine erste Übersicht über die Einschätzungen zur Mobilisierung durch Organisationen (Linke, Gewerkschaften, LINKE, attac, DIDF, Ver.di Berlin,...)
Ver.di Jugend als Beispiel für Unterstützung.**

NRW hat keine Mobilisierungsmöglichkeiten für den 12. Juni beim Auswertungstagung am Mittwoch gesehen. Dennoch wollen einzelne Initiativen und Strukturen sich an den Demonstrationen in Berlin beteiligen.

Die Berliner Initiatoren haben einen eigenen "Berliner Aufruf" entwickelt der als Basis für ihre Aktionen von unterschiedlichen Initiativen und Organisatoren unterstützt wird.

Die Frage nach der Mobilisierung für die Demonstrationen in Berlin und Stuttgart am 12. Juni 2010 wird erörtert. Es soll bis zum 1. Mai ein Flugblatt ins Netz gestellt werden um es vor Ort ausdrucken zu können und für die Mobilisierung zu nutzen. Die Kolleg/innen aus Wilhelmshaven erklären sich bereit, das lay-out zu machen.

Für die **Finanzierung** wird auf die lokalen Strukturen in Stuttgart und Berlin als "vor Ort" Institutionen verwiesen. Zentral sollen Gelder von überörtlichen Initiativen, Parteien und Organisationen als Unterstützer des 12. Juni-Protestes (je nach Selbsteinschätzung Kleingruppen 50,-€, Organisationen 150,-€ und große Organisationen 500,-€) auf das Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt – Frankfurter Sparkasse (BLZ 50050201) Konto-Nr: 200081390 einzahlen. Zusätzlich soll zentral um Spenden geworben werden. Die eingegangenen Beträge werden den Organisatoren vor Ort anteilig zur Verfügung gestellt.

Es soll eine Homepage-Seite für **Busbörsen** eingerichtet werden.

Die **Materialien** sollen möglichst vor Ort gedruckt und entsprechend für die Mobilisierung gestaltet werden.

Zentral wird eine Version entwickelt, die einen Eindruck erhält: **Die Demonstration wird unterstützt von: (Unterzeichner zum Flugblatt nehmen)**

Nach der Diskussion über den **Aufruf** wird ein gemeinsamer Text nach vielfachen Meinungsbildern angenommen. (s. Anlage)

TOP 3: weitere Verabredungen

Die **Bundes-Koordinierung: bleibt weiter im Amt (Vertreter lokaler Bündnisse sollen für eine Ausweitung gewonnen werden und sich beteiligen können.)**

Die Erwerbslosenbewegung plant am 9. Oktober Aktionen in Essen.

TOP 4: Verschiedenes

Nach den Aktionen im Juni (vor der Sommerpause) soll eine weitere **Aktionskonferenz** zur Auswertung und für die Herbstplanung des Widerstandes zusammenkommen.

Für das Protokoll: Willi van Ooyen

Anlage: Aufruftext

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau

Aufruf zu Demonstrationen am Samstag, den 12. Juni, in Berlin und Stuttgart

Lediglich eine Woche hat es gedauert, bis die Bundesregierung 500 Mrd. (Bürgschaften, Kredite, Finanzhilfen) für die Banken mobilisiert hat. Eineinhalb Jahre später knallen bei vielen Hedgefonds schon wieder die Champagnerkorken, werden wieder Milliarden-Boni ausgezahlt, sonnt sich die Deutsche Bank in Riesengewinnen und wird massiv gegen Griechenland spekuliert. Kein einziges Gesetz zur Regulierung des Finanzsektors, zur Schließung von Steueroasen oder dem Verbot von hochriskanten Finanzspekulationen wurde verabschiedet. Die Verluste wurden sozialisiert, und die Gewinne können wieder privat angehäuft werden. Die nächste Spekulationsblase baut sich bereits auf.

Wer zahlt die Zeche?

Gleichzeitig müssen Millionen Menschen damit rechnen, dass die größte Finanz- und Wirtschaftskrise auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Zahlreiche Betriebe sind von Insolvenz bedroht. Viele Beschäftigte wissen nicht, ob ihr Arbeitsplatz nach dem Auslaufen der Kurzarbeit noch bestehen wird. Die Ausbildungsstellen gehen massiv zurück, und noch weniger Auszubildende werden übernommen. Die Zahl der im Niedriglohn-Sektor Beschäftigten nimmt dramatisch zu, ebenso prekäre Arbeitsverhältnisse. Eine wachsende Zahl von Beschäftigten kann von ihrem Lohn nicht mehr leben. Die Hoffnung der Erwerbslosen auf einen Arbeitsplatz wird weiter zerstört – dagegen werden sie von Westerwelle, Sarrazin & Co. zu den Sündenböcken der Misere gemacht.

Privater Reichtum und öffentliche Armut – Kommunen verarmen

Fast drei Jahrzehnte lang wurde über die Steuerpolitik massiv zu Gunsten der Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer umverteilt, während die Belastung der Beschäftigten und Rentner/innen gewachsen ist. Leidtragende sind auch die öffentlichen Haushalte, insbesondere die Kommunen. Ihre Einnahmen gehen in der Krise drastisch zurück. Viele Kommunen reagieren auf die Steuereinbrüche und ihre finanzielle Misere mit Personalabbau, Gebührenerhöhung und Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, zu Lasten der Bürger/innen und der Beschäftigten. Dabei sind die Mängel in der Bildung, im Gesundheitswesen, im sozialen Bereich und in der Ökologie unübersehbar. Wir brauchen mehr Geld für Bildung, Soziales und Ökologie und eine deutlich bessere Finanzausstattung der Kommunen.

Schwarz/Gelb gibt den Reichen – und schlägt auf die Gesundheit

Die Politik von Schwarz/Gelb verteilt weiter um, zu Gunsten der Reichen und Erben. Das Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz entzieht den Kommunen weitere 1,6 Mrd. Euro. Die Verursacher der Krise bleiben verschont, und für die Zeit nach der NRW-Wahl wird schon jetzt eine Sparpolitik zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung angekündigt. Die Bundesregierung plant eine Gesundheitsreform, bei der ausschließlich die Beschäftigten und Versicherten zu Kasse gebeten

werden. Die Kapitalseite wird verschont. Mit der Einführung der Kopfpauschale würde der Manager den gleichen Krankenkassenbeitrag bezahlen wie die Putzfrau. Das wäre die Zerschlagung der Reste des Solidarprinzips im Gesundheitswesen – so wie schon mit der Pflegeversicherung geschehen.

Nicht auf unserem Rücken!

Die Folgen der Krise sollen wir tragen – und gleichzeitig mit einer Verschlechterung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen den Aufschwung bezahlen. Die kapitalistische Profitlogik und die massive Umverteilung von Unten nach Oben, die eine wesentliche Ursache für die Krise sind, sollen auch die Basis für den erhofften Aufschwung bilden. Die Wirtschaftsverbände in Deutschland setzen weiter auf die Eroberung der Exportmärkte durch Lohn- und Sozialdumping, zu Lasten der Beschäftigten hier und in den anderen Ländern. Im Verbund mit der Bundesregierung versuchen sie auch allen anderen EU-Ländern einen rabiaten Lohn- und Sozialabbau aufzuzwingen. Wir sind mit unserer Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ Teil eines europaweiten sozialen Widerstands.

Die deutsche Regierung verstärkt den Druck auf andere europäische Länder in einer Politik von Verarmung und Wiederbelebung des Neoliberalismus. Dieses Modell geht nicht nur zu Lasten der Menschen, sondern auch der Ökologie und des Klimas. Längst hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise mit der Ökologie- und Klimakrise verschränkt, Kriege werden verstärkt. Eine Fortsetzung dieses „Modells“ ist nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen.

Jetzt erneut auf die Straße gehen!

Gemeinsam können wir uns dagegen organisieren: in den Betrieben, vor den Arbeitsagenturen, an den Unis und Schulen und auf der Straße. Wir wollen Gegenwehr gegen die Politik von Schwarz/Gelb, gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Umweltzerstörung stärken. Wir wehren uns gegen Entsolidarisierung und Spaltung – gemeinsam können wir eine Bewegung aufbauen!

Am 12. Juni 11 Uhr in Berlin und Stuttgart!

Beteiligt euch auch an den Klimaprotesten am 5. Juni in Bonn und Bildungsstreiks am 9. Juni.

Weitere Informationen: <http://klimawelle.de/>, <http://www.bildungsstreik.net/>

Wir fordern:

- Kein Sparprogramm auf Kosten der Allgemeinheit – die Verursacher der Krise müssen zahlen
- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten, z.B. durch Erhöhung von Vermögenssteuer und Körperschaftssteuer. Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Ausbildungsplätze für alle und unbefristete Übernahme in ein Vollzeitverhältnis
- Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen – statt Massenarbeitslosigkeit
Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich (Ziel: 30-Stunden-Woche) und Ausbau der Beschäftigung im sozialen und ökologischen Bereich
- Lohndumping beenden – gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde (lohnsteuerfrei)
- Schluss mit der Hetze gegen Arme und MigrantInnen
- Statt Hartz IV eine Grundsicherung von 500 Euro Eckregelsatz ohne Repressionen, Abschaffung der Agenda 2010
- Mehr Geld für Bildung, Soziales, Ökologie – mehr Geld für die Kommunen

- Kostenlose gute Bildung für alle
- Weg mit der Rente mit 67
- Statt Kopfpauschale Einführung der Bürgerversicherung und für ein solidarisches, paritätisch finanziertes Gesundheits- und Pflegesystem
- Finanzsystem regulieren und kontrollieren, Banken vergesellschaften und Spekulationsgeschäfte verbieten
- Krisenbewältigung nicht mit Militärprodukten und Aufrüstung!

www.kapitalismuskrise.org